

Die Bundeswehr hat an den Schulen nichts verloren

In der letzten HLZ antwortete Martin Ostendorf auf einen Artikel von Christian Stacke. Die Auslassungen des Kollegen fordern zum Widerspruch heraus

1. Die Legitimität der Bundeswehrwerbung hängt an der Legitimität der Bundeswehr selbst

Martin Ostendorf meint, die Werbung der Bundeswehr in eigener Sache sei legitim, weil ihre Existenz und Aufgabe im Grundgesetz geregelt sei. Nirgendwo im GG ist eine Erlaubnis erteilt, die Bundeswehr außer zur Landesverteidigung einzusetzen. Ausnahmen sind nur möglich, wenn es das Grundgesetz regelt (z.B. 87a Nr.4).

Wenn man unsere Verfassung aus ihrer Entstehung heraus betrachtet, erkennt man die zeitgeschichtliche Gebundenheit ihrer Veränderungen in Sachen Armee. Zu Beginn gab es noch keine Regelung zur Landesverteidigung, also auch keine Armee. Historiker gehen davon aus, dass dieser Umstand bei der Beratung des Parlamentarischen Rates sowohl dem Misstrauen mancher Fraktionen der Alliierten, den alten Nazimilitärs gegenüber als auch der pazifistischen Grundstimmung in Deutschland geschuldet war. Auch außenpolitische Überlegungen in der US-Administration und in Frankreich spielten eine Rolle. Gleichwohl wurden im Zusammenhang des bereits tobenden Kalten Krieges verfassungswidrigerweise – wie so oft (bis heute) und unter Missachtung

des Potsdamer Abkommens - aktive Vorbereitungen auf eine eigene Armee getroffen und eine Wiederbewaffnungsdiskussion von der Adenauer-Regierung angestoßen. Angebote auf eine Demilitarisierung Deutschlands wurden noch nicht mal auf ihre Ernsthaftigkeit hin geprüft. Die pazifistischen Gegenbewegungen gegen die Remilitarisierung wurden diskriminiert, kriminalisiert und auch verraten. (Die SPD stieg aus der Bewegung 1958 aus und stimmte dann am 30. Juni 1960 der Wiederbewaffnung und der NATO-Mitgliedschaft zu.) Führend dabei tätig

Bundeswehr seit mindestens 22 Jahren ihre Existenzberechtigung verloren, weil der vorgebliche Feind abhanden gekommen ist, der das Territorium der Bundesrepublik Deutschland hätte militärisch bedrohen können. Die verfassungswidrige und auch völkerrechtswidrige Beteiligung an Kriegen (z.B. Jugoslawien und Afghanistan) liefert qua Gewohnheit und Bundestagsmehrheitszustimmung keine Legitimation und schon gar keine Legitimität. Und dann: wofür wirbt die Bundeswehr denn im Kern? Wenn man die Sichtweise des Kindes in Hans Christian Andersens bekanntem Märchen einnimmt und das bunte Scheingewand der Bundeswehrwerbung ignoriert, kommt heraus: die Bundeswehr wirbt im Kern für eine Ausbildung zum Tötenlernen, zur Praxis des Tötens, zur Hinnahme des Verlustes des eigenen Lebens, zur Hinnahme sog. Kollateralschäden, zur Hinnahme posttraumatischer Schädigungen fürs restliche Leben. Und das alles ohne Legitimität durch die Verfassung oder das Völkerrecht, erst recht nicht moralisch oder friedenspolitisch und das in Schulen und Kindergärten!



die neugegründete Propagandaabteilung der Armee.

Die Bundeswehrführung und der gesamte militärisch-industrielle Komplex suchte nach 1989 händeringend nach einer neuen Legitimationsgrundlage der Armee, ohne die Verfassung entsprechend verändern zu wollen. Betrachtet man es aus dieser Sicht des Grundgesetzes, hat die

neugegründete Propagandaabteilung der Armee.

2. Die Legitimität der Berufsarmee – oder die Moralität des ‚neuen‘ Imperialismus

Martin Ostendorf ist der Mei-

nung, die Werbung für die Armee sei nicht nur legitim (s.o.), sondern auch notwendig, weil sie eine Berufsarmee sei. Wieso eigentlich? Die Wehrpflicht ist nicht abgeschafft. Sie steht immer noch im Grundgesetz. Sie ist nur ausgesetzt. Aber warum? Wenn der Kollege die entsprechenden Begründungen – auch in den Weißbüchern des Bundesverteidigungs-Ministeriums – studiert hätte, stieße er auf die Begründungszusammenhänge, die Christian Stache in seinem Artikel zutreffend und pointiert als imperialistische Ambitionen charakterisiert hat.

Seitens des Militärisch-Industriellen-Politischen-Komplexes passte man zunächst die Propaganda, dann die Bewaffnung, schließlich die personelle Struktur diesen „Notwendigkeiten“ an: schnell agierende Interventionskräfte zur Durchsetzung – wie drückte es noch Horst Köhler vor seinem Rücktritt so offen aus – deutscher „Interessen, zum Beispiel freie Handelswege“.

Die Kurzbegründung war zwar wahr, aber höchst unvollständig. Es ging und geht - ganz allgemein gesagt – um geostrategische Interessen, die mit Waffengewalt durchgesetzt und verteidigt werden sollen. Das ist der alte Imperialismus in neuem Gewand.

Martin Ostendorf konstatiert zwar, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan „kein Lehrstück eines Auslandseinsatzes der neuen Sorte - zur Durchsetzung der Demokratie und westlicher Werte“ sei. Aber: Legitimiert denn die sog. gute Absicht das ungeeignete Mittel? Demokratie einführen und Durchsetzen sog. westlicher Werte durch Soldaten? Demokratie vorleben mit der Waffe in der Hand? Wer glaubt, es ginge tatsächlich um die von Martin Ostendorf behaupteten Ziele, ist Opfer der plattent Regierugs- und Bundeswehrpropaganda geworden.

Worum geht es wirklich?

Heute werden Völker und Gesellschaften von den stärksten Kapitalisten, die längst multinational agieren, ökonomisch beherrscht. Nur in Ausnahmefällen wird vor Ort auch militärisch direkt interveniert, vorbereitet durch entsprechende Propaganda (Achse des Bösen) oder schlichte Lügen (Massenvernichtungsmittel des Irak), wozu dann Konzerne oder Regierungen auch auf entsprechend erfahrene Werbeagenturen zurückgreifen oder ihre Lobbyist_innen in Marsch setzen.

Und weil es auch heute noch moralischer Begründungen bedarf, um eine halbwegs gesellschaftliche Zustimmung zu Bundeswehreinräsen zu gewinnen, werden solche Einsätze mit humanitären Gründen gerechtfertigt. Joschka Fischer bemühte sogar Auschwitz für die Beteiligung der Bundeswehr am Jugoslawienkrieg.

3. Der „rechte Rand“ wuchert in die Mitte der Gesellschaft und ist in der Bundeswehr traditionell gut vertreten

Martin Ostendorf bestreitet schlichtweg die Absicht einer Remilitarisierung und wenn es solche Ambitionen geben sollte, dann allenfalls „am rechten Rand“. Welch eine Fehleinschätzung – oder Unkenntnis.

Unter Militarisierung kann man nicht nur die Priorisierung der Bewaffnung der Bundeswehr zu einer schnell agierenden Interventionsarmee verstehen, es geht vor allem um gesellschaftliche Akzeptanz dieser neuen Rolle. Dazu muss die Bundeswehr in möglichst vielen gesellschaftlichen Feldern akzeptiert und positiv wahrgenommen werden. Und – das Militär muss als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele akzeptiert werden.

Gen Ende seines Textes schreibt Martin Ostendorf: „Wenn wir über Militarisierung reden, sollten wir uns einmal

die politische (oder militärische?) Kultur (Sic!, HR) unserer Nachbarländer anschauen. Dort ist die Armee ins patriotische Selbstverständnis eingraviert, die für uns wie von einem anderen Planeten wirkt – obwohl wir diese Tradition noch vor 70 Jahren hatten.“ (Das war 1942! HR). Ist das eine Forderung?

Die Bemühungen der Bundeswehr, solcherart Traditionspflege zu betreiben, sind Martin Ostendorf offensichtlich nicht bekanntgeworden, gleichwohl durchziehen sie die Diskussion dieses Aspektes der Bundeswehr von Anfang an und korrespondieren mit Aussagen aus der sog. Mitte der Gesellschaft.

4. Eine andere Friedens- und Außenpolitik ist eine langfristige politische Aufgabe. Fangen wir in den Bildungseinrichtungen damit an

Auch wenn Martin Ostendorf uns mit seinem Artikel eine Normalität der Werbung der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen und gegenüber Minderjährigen außerhalb der Schule andienen möchte – Friedenserziehung sieht anders aus. Die Bundeswehr hat keinen Bildungsauftrag. Die einzige zukunftsfähige Option, ein Leben ohne Waffen und Armee, ohne Rüstungsindustrie, ist nicht naiv, sondern zukunftsfähig und lebenserhaltend, hier und anderswo.

Die GEW hat auf allen Ebenen mit ihren Beschlüssen den Anfang gemacht. Es kommt jedoch darauf an, diese Beschlüsse praktisch umzusetzen. Die Gruppe „Bildung ohne Bundeswehr“, bei der die GEW auch mitmacht, ist aktiv. Methoden und Alternativen zur zivilen Konfliktlösung sind seit langem dokumentiert und erprobt.

HARTMUT RING,
GEW-Ausschuss für
Friedenserziehung